



Sitzungsniederschrift

Gremium	Rat
Datum	Montag, 13.02.2023
Beginn	17:30 Uhr
Ende	19:30 Uhr
Ort	Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal 59302 Oelde

Vorsitz

Frau Karin Rodeheger

Teilnehmende

Herr Norbert Austrup
Herr Achim Berkenkötter
Herr Wolfgang Bovekamp
Frau Silvia Brede
Herr Antonius Brinkmann
Herr Sebastian-Josef Brinkmann
Frau Nadine Diekmann
Herr André Drinkuth
Frau Andrea Geiger
Herr Alfons Grünebaum
Herr Daniel Hagemeier
Herr Peter Hellweg
Frau Kerstin Horstmann
Herr Winfried Kaup
Frau Birgit Klashinrichs
Herr Felix Knop
Frau Barbara Köß
Frau Hiltrud Krause
Herr Dirk Leifeld
Herr Sven Lilge
Frau Elisabeth Meinders-Koeper
Herr Michael Poch
Herr Bernhard Poppenberg
Herr Ludger Reckmann

Herr Niklas Ringhoff
Herr J.-Francisco Rodriguez Ramos
Herr Frank Rumpold
Herr Uli Schwieder
Frau Maria Pia Scuderi
Herr Christoffer Siebert
Herr Peter Sonneborn
Frau Manuela Steuer
Herr Markus Westbrock
Herr Florian Westerwalbesloh
Frau Anne Wiemeyer
Herr Ludger Wiesch gen. Borchert
Herr Arno Zurbrüggen

Verwaltung

Herr Volker Combrink
Frau Mona Hooge
Herr Michael Jathe
Herr André Leson
Herr Jakob Schmid
Frau Melanie Wiebusch

Schriftführerin

Frau Andrea Westenhorst

Es fehlten entschuldigt

Teilnehmende

Herr Ludger Lücke
Herr Thorsten Retzlaff
Herr Michael Zummersch

Vortragende zu TOP 4

Frau Inga Aschhoff

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Öffentliche Sitzung	
1. Einwohnerfragestunde	6
2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Planung klimaresilienter Schulhöfe und -gelände B 2023/230/5413	7
3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angepasste Geschwindigkeiten“ B 2023/320/5412	8
4. Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FWG: Aussetzung von Beschlüssen zum Overbergareal, zur VHS und Stadtbücherei B 2023/610/5414	9
5. Vorstellung des Projektes „KommKom – Gesundheitsregion Münsterland“ M 2023/011/5411	10
6. Straßenbenennung im Baugebiet Weitkamp II B 2022/610/5380	11
7. Straßenbenennung im Gewerbegebiet Oelde A2 B 2022/610/5379	12
2	
8. Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien B 2023/011/5409	12
9. Entsendung von Vertretern der Stadt Oelde als Mitglieder im Kuratorium des Marienhospitals Oelde B 2023/011/5407	15
10. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Oelde über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen B 2023/320/5400	15
11. Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2021; Stellungnahme, Feststellung und Verwendungsbeschluss; Entlastung der Bürgermeisterin B 2022/014/5367	15
12. Bericht nach § 6 Kommunalhaushaltsrechtsanwendungs- Verordnung „UA Ukraine-Schutzsuchendenaufnahme“ M 2023/200/5394	16

13.	Änderung der Richtlinie der Stadt Oelde zum Förderprogramm „Stecker-Solar-Geräte“ B 2023/III/5395	17
14.	Freizeitanlage Bergelerweg – 2. Bauabschnitt B 2023/III/5406	17
15.	Gewerbegebiet „Ludwig-Erhard-Allee“ A) Aufhebung des Feststellungsbeschlusses zur 48. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde vom 19.12.2022 B) Neufassung des Feststellungsbeschlusses zur 48. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde C) Aufhebung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 156 „Ludwig-Erhard-Allee“ der Stadt Oelde vom 19.12.2022 D) Neufassung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 156 „Ludwig-Erhard-Allee“ der Stadt Oelde B 2023/610/5401	18
16.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 158 „Windenergieanlage Craemer“ der Stadt Oelde A) Vorläufige Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung B) Beschluss zur öffentlichen Auslegung B 2023/610/5397	20
17.	Wohn- und Geschäftszentrum Oelder Tor A) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung zur 50. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde B) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung des Bebauungsplans Nr. 160 „Wohn- und Geschäftszentrum Oelder Tor“ der Stadt Oelde B 2023/610/5396	20
18.	Grundsatzbeschluss zur weiteren Vorgehensweise zur Ertüchtigung der Kläranlage Oelde B 2022/661/5364/2	21
19.	Maßnahmenfreigaben	22
19.1.	Maßnahmenfreigabe der Kanal- und Straßenbaumaßnahmen Ermländerweg, Pommernweg, Schlesierweg B 2023/661/5410	22
19.2.	Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung von Strom- und Erdgaslieferungen B 2023/012/5403	22
19.3.	Maßnahmenfreigabe zur Sanierung der Turnhalle an der Bultstraße B 2023/012/5402	22

20.	Verschiedenes	23
20.1.	Mitteilungen der Verwaltung	23
20.2.	Anfragen an die Verwaltung	23

Nichtöffentliche Sitzung		Seite
21.	Bericht der Bürgermeisterin	24
22.	Anzeigepflicht der Bürgermeisterin nach § 8 Korruptionsbekämpfungsgesetz NRW M 2023/011/5389	24
23.	Jahresabschluss 2021 der AUREA DAS A2- WIRTSCHAFTSZENTRUM GmbH B 2022/III/5381	24
24.	Verkauf eines Grundstückes im Gewerbegebiet Oelde A2 L 2023/230/5404	25
25.	Verschiedenes	25
25.1.	Mitteilungen der Verwaltung	25
25.2.	Anfragen an die Verwaltung	26

Frau Bürgermeisterin Rodeheger begrüßt die Damen und Herren des Rates, die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie Frau Haunhorst von der Tageszeitung „Die Glocke“ und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Ferner begrüßt sie Frau Inga Aschhoff vom Netzwerk Gesundheitswirtschaft Münsterland, die später in der Sitzung zu dem Projekt „KommKom“ berichten wird.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger teilt mit, dass Herr Lücke, Herr Retzlaff und Herr Zummersch nicht an der Sitzung teilnehmen können und stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Weiter führt Frau Bürgermeisterin Rodeheger aus, dass die für die heutige Sitzung angekündigten Beratungen zum Antrag der SPD-Fraktion „Umbenennung von Straßen mit Bezug zum Nationalsozialismus“ und in Bezug auf die Straßen im „Bischofsviertel“ erst in der nächsten Ratssitzung am 24.04.2023 erfolgen. Die Verschiebung sei in Abstimmung mit den Fraktionen erfolgt.

Herr Drinkuth beantragt, den Tagesordnungspunkt 2 „Vorstellung des Projektes KommKom – Gesundheitsregion Münsterland“ auf TOP 5 zu verschieben, um über den an 5 gesetzten Tagesordnungspunkt „Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FWG: Aussetzung von Beschlüssen zum Overbergareal, zur VHS und Stadtbücherei“ früher beraten zu können. Hintergrund seien anschließende Terminverpflichtungen einzelner Ratsmitglieder.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt mehrheitlich bei 36 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und einer Enthaltung folgende Änderungen der Tagesordnung:

Der Tagesordnungspunkt 5 wird vorgezogen auf 4, der Tagesordnungspunkt 2 wird Tagesordnungspunkt 5 neu.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Herr Meiwes hat als betroffener Anlieger (landwirtschaftlicher Betrieb) zum Gewerbegebiet „Ludwig-Erhard-Allee“ eine Frage zu der „geruchstechnischen Untersuchung“. Seiner Meinung nach müsse die Untersuchung unter Berücksichtigung anderer Parameter überarbeitet werden.

Die Frage wird unter dem Tagesordnungspunkt 15 beantwortet.

Beschluss

Der Rat nimmt Kenntnis.

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Planung klimaresilienter Schulhöfe und -gelände B 2023/230/5413

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und fügt ergänzend hinzu:

„Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat den Antrag gestellt, die Planung klimaresilienter Umgestaltung von Schulhöfen zu initiieren und hierfür ein Budget von 10.000 € zur Verfügung zu stellen.

In der Vorlage haben wir bereits dargestellt, dass auf den meisten Schulhöfen höchstens 40 % der Pausenfläche versiegelt ist. Zudem gibt es häufig alte Baumbestände und schattige Spielbereiche. Aufgrund der zuletzt häufig heißen Sommer ist es für die Verwaltung eine Selbstverständlichkeit, bei der Neu- und Umgestaltung von Schulhöfen die Klimaresilienz mit einzubeziehen. Darauf soll zukünftig noch stärker geachtet werden.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung lautet daher, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen. Bei jeder künftig anstehenden Neu- oder Umgestaltung von Schulhöfen sind verstärkt die Aspekte der Klimaresilienz in die Überlegungen und Planungen einzubeziehen.“

Frau Köß gibt noch einige Erläuterungen zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Antrag sei bereits zu den Haushaltsberatungen eingebracht, aber nicht behandelt worden. Die Bürgermeisterin habe im Grunde alle Fragen dazu zufriedenstellend beantwortet und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe dahingehend auch Vertrauen in die Verwaltung, gleichwohl solle über den Antrag abgestimmt werden.

Herr Jathe ergänzt, dass die Schulen und die Fördervereine bei Bau- und Umgestaltungs-vorhaben auch stets klimaschützende Maßnahmen einfordern würden.

Für die FWG-Fraktion teilt Frau Steuer mit, dass ihrer Fraktion der Antrag nicht bekannt gewesen sei. Die Informationen im Antrag selbst und in der Beschlussvorlage der Verwaltung seien insgesamt schlüssig. Die FWG-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu.

Beschluss

Der Rat fasst bei 33 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.11.2022 zur Durchführung der Planung klimaresilienter Schulhöfe und -gelände wird abgelehnt.

Bei jeder künftig anstehenden Neu- oder Umgestaltung von Schulhöfen sollen jedoch Aspekte der Klimaresilienz in die Überlegungen und Planungen einbezogen werden.

**3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch
angepasste Geschwindigkeiten“
B 2023/320/5412**

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und ergänzt:

„Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat den Antrag gestellt, der Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angepasste Geschwindigkeiten“ beizutreten.

Die Verwaltung begrüßt den Beitritt zu der Initiative. Der Gesetzgeber knüpft die Reduzierung der Geschwindigkeit auf Tempo 30 derzeit an sehr strenge Voraussetzungen. Dies lässt der Verwaltung häufig keine Möglichkeit, Tempo 30 oder eine andere reduzierte Geschwindigkeit anzuordnen, obwohl dies für die Sicherheit von Kindern sowie älteren oder mobilitätseingeschränkten Personen oftmals als erforderlich erachtet wird.

Aus Sicht der Verwaltung ist das Ziel der Initiative – eine größere Flexibilität bei der Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen – zu befürworten.“

Herr Westbrook erinnert daran, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits im Jahr 2021 die flächendeckende Anordnung von Tempo 30 in Oelde, auch für Hauptverkehrsstraßen, beantragt habe. Der Antrag sei abgelehnt worden. Mit diesem neuen Antrag werde nun durch eine „Hintertür“ versucht, das Ziel erneut zu erreichen. Die FDP-Fraktion lehne eine pauschale und ideologisch motivierte Einschränkung des Straßenverkehrs ab. Dies gehe für die meisten Menschen an ihrer Lebenswirklichkeit vorbei. Die Anordnung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen sei rechtlich nicht möglich. Herr Zurbrüggen ergänzt, dass sehr wohl klar sei, welcher tiefere Sinn hinter dem Antrag stecke, der nun anders verklausuliert erneut eingereicht werde.

Die CDU-Fraktion halte es für gerechtfertigt, dass die Stadt mehr Entscheidungsfreiheit und Befugnisse bei der Anordnung für Geschwindigkeitsbeschränkungen erhalte, so Herr Drinkuth, daher stimme die CDU-Fraktion dem Antrag zu.

Frau Steuer teilt mit, dass die FWG-Fraktion dem Antrag ebenfalls zustimme, um als Kommune eigenständig mitbestimmen zu können. Sie führt verschiedene Beispiele an, u. a. die dringend benötigte Geschwindigkeitsbegrenzung im Bereich der neuen Kindertagesstätte in Lette.

Dem stimmt Herr Ringhoff zu. Auf Anfrage von Herrn Hellweg teilt Frau Bürgermeisterin Rodeheger mit, dass die Anordnung von Tempo 30 generell für die Gemeindestraßen gelte. Bei Hauptverkehrsstraßen und Teilen davon wäre dann im Einzelfall zu prüfen, ob Aspekte vorlägen, die eine Geschwindigkeitsbegrenzung rechtfertigen.

Herr Rodriguez weist darauf hin, dass ein Tempo 30 ja nur dann angeordnet werde, wenn darüber vorab im Rat beraten worden sei und hier vor Ort wisse man am besten, wo eine Geschwindigkeitsbeschränkung sinnvoll und verkehrstechnisch machbar sei.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt mehrheitlich bei 35 Ja-Stimmen, einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen den Beitritt der Stadt Oelde zur Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden durch angepasste Geschwindigkeiten“.

4. Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FWG: Aussetzung von Beschlüssen zum Overbergareal, zur VHS und Stadtbücherei B 2023/610/5414

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und ergänzt, dass die Verwaltung vorschläge, den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung zu verweisen. Ein Austausch zu der Thematik habe im Ältestenrat stattgefunden. Die Fraktionen hätten signalisiert, dass weiterer Beratungsbedarf bestehe.

Herr Rodriguez trägt im Namen der antragstellenden Fraktionen vor, dass über den vorliegenden Antrag in der heutigen Sitzung entschieden werden solle. Es gehe vorrangig um das Einbeziehen und Überdenken der neuen Gegebenheiten. Es gelte neue Ideen zu bündeln, neue Schwerpunkte zu setzen und einen neuen Zeitplan zu erstellen. Man müsse sich fragen, wie würde der Rat heute unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen und neuen Abhängigkeiten entscheiden. Dieser Beschluss müsse heute getroffen werden. Zur inhaltlichen Ausgestaltung werde selbstverständlich später im Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung beraten. Für die antragstellenden Fraktionen sei ein entscheidender Faktor, auf dem Gelände bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Herr Drinkuth führt dazu aus, dass die Schaffung von Wohnraum in verschiedenen Wohnformen absolute Priorität bei der Überplanung des Overbergareals habe, wobei auch zu beachten sei, dass die Caritas eine Teilfläche erhalte. Dazu sei ein entsprechendes Wohnkonzept zu erarbeiten.

Darüber hinaus solle nun schlussendlich der Investorenwettbewerb gestartet werden. Die CDU-Fraktion sehe keine grundsätzlich neue Sachlage, die das Auswahlverfahren verhindere. In den Wettbewerb müssen das alte Overbergschulgebäude und die Turnhalle einbezogen werden.

Es sei ein kreatives Konzept mit dem Schwerpunkt „Wohnen“ und hier ausdrücklich auch unter dem Aspekt „Schaffung von sozialem Wohnraum“ zu entwickeln. Die CDU-Fraktion lehne den vorliegenden Antrag ab, da alle Fakten bekannt seien. Es müsse nun nach vorn gearbeitet werden, um keine weitere Zeit zu verlieren. Der Auftrag an die Verwaltung laute daher, an der Entwicklung des Geländes weiterzuarbeiten, den Investorenwettbewerb auf den Weg zu bringen und den Verkauf einer Teilfläche an die Caritas abzuwickeln.

Herr Westbrock hält dieses Vorgehen ohne weitere Diskussion im Fachausschuss für falsch. Er könne keinen Zeitverlust erkennen, wenn der Antrag an den Fachausschuss verwiesen würde. Es bestünden so viele Ideen, Wünsche und auch Beschlussfassungen für das Areal, so dass die Ordnung und Diskussion dieser Gemengelage sinnvoll sei. Es könnten ja dennoch weitere Ideen entwickelt werden.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger fasst zusammen, dass der Konsens doch groß sei. Neue Gegebenheiten müssten neu beurteilt werden, was nicht bedeute, dass das Verfahren ruhe. So verstehe sie auch nicht den vorliegenden Antrag. Es sei beabsichtigt, in einem gemeinsamen Termin mit den Fraktionsvorsitzenden abzustimmen, in welche Richtung gedacht und geprüft werden solle.

Auf Anfrage von Herrn Drinkuth teilt Herr Leson mit, dass sich nach wie vor Investoren bei der Verwaltung melden würden, um zu erfahren, wann das Auswahlverfahren beginne, wohl wissend, dass der Wettbewerb sich nicht mehr auf das gesamte Overbergareal beziehe. Es bestehe nach wie vor Interesse.

Dies kann sich Frau Steuer gut vorstellen, zumal die Investoren auch eine Rendite erzielen möchten. Hintergrund des vorliegenden Antrages sei auch, aufgrund der veränderten Bedingungen bei der Ausgestaltung des Ausschreibungsverfahrens mitbestimmen zu können.

Herr Westbrock stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Verweis des Antrages an den Fachausschuss.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde nimmt den Antrag zur Kenntnis und verweist diesen mehrheitlich bei 20 Ja-Stimmen und 18 Gegenstimmen zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung.

5. Vorstellung des Projektes „KommKom – Gesundheitsregion Münsterland“ M 2023/011/5411

Frau Bürgermeisterin Rodeheger teilt einführend mit:

„In Oelde herrscht – wie in so vielen Regionen – ein Hausärztemangel. Die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe geht davon aus, dass sich drei weitere Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner in Oelde niederlassen müssten, um einen Versorgungsgrad von 100 Prozent zu erreichen. Zudem ist ein Großteil der Ärzte in Oelde älter als 60 Jahre.

Daher hat die Stadt Oelde als Modellkommune an dem Projekt „Kommkom – Gesundheitsregion Münsterland“ teilgenommen. Das Projekt hatte unter anderem zum Ziel, mit Lösungsansätzen für das Fachkräfteproblem in der Gesundheitsversorgung zu unterstützen, der Projektzeitraum endete zum 31.12.2022.“

Frau Bürgermeisterin Rodeheger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Aschhoff vom Netzwerk Gesundheitswirtschaft Münsterland, die das Projekt „Kommkom – Gesundheitsregion Münsterland“ und die Ergebnisse der Workshops vorstellen wird.

Frau Aschhoff informiert die Ratsmitglieder anhand der zum Tagesordnungspunkt 5 beigefügten Präsentation über Inhalte, Ziele und erste Ergebnisse des Projekts „Kommkom – Gesundheitsregion Münsterland“ und beantwortet im Anschluss noch verschiedene Fragen.

Frau Köß merkt an, dass die Stadt Oelde bereits seit Jahren an Möglichkeiten arbeite, um dem Hausärztemangel entgegenwirken zu können. Sie bittet darum, dass Thema auch im Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung zu platzieren und erkundigt sich nach der Durchführung des „Tages der Pflege“, der im vergangenen Jahr leider ausgefallen sei. Frau Bürgermeisterin Rodeheger erläutert kurz die Gründe, die zu einer Absetzung des Pflegetages geführt haben und bekräftigt, dass die Verwaltung an dem Projekttag weiterarbeite.

Herr Bovekamp betont, dass ebenso wichtig wie die Gewinnung von Ärztinnen und Ärzten die Gewinnung von medizinischen Fachangestellten sei. Frau Aschhoff teilt mit, dass auch diese Berufsgruppen in das Projekt einbezogen werden sollen.

Frau Horstmann ist das vorgestellte Konzept mit Blick auf die medizinischen Fachangestellten zu kurzgefasst, hier müsse der Ansatz viel deutlicher und konkreter ausfallen. Den Jungen und Mädchen müsse durch geeignete Maßnahmen und Ansätze der wertvolle Beruf der medizinischen Fachkraft verdeutlicht werden.

Herr Zurbrüggen ist der Vortrag zu abstrakt gefasst und er erkundigt sich, ob für Oelde belastbare Zahlen ermittelt worden seien. Frau Aschhoff bestätigt, dass aus allen Gesundheitsberufen umfassend Zahlenmaterial ermittelt worden sei.

Herr Combrink bedankt sich für die Durchführung der Workshop-Reihe und ergänzt, dass die Verwaltung gute Erfahrungen mit oft zufälligen Kontakten zu ansiedlungswilligen Ärztinnen und Ärzten gemacht habe. So sei es möglich, ganz persönlich auf die verschiedenen Grundlagen und Bedürfnisse einzugehen und so echte Chancen zu entwickeln, medizinisches Personal, Ärztinnen und Ärzte hier in Oelde zu verorten.

Der Ansatz des Projektes sei absolut richtig und erfolgversprechend.

Beschluss

Der Rat nimmt die Ausführungen zum Projekt „Kommkom – Gesundheitsregion Münsterland“ zur Kenntnis.

6. Straßenbenennung im Baugebiet Weitkamp II B 2022/610/5380

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und auf die Vorberatungen im Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, die neuen Straßen im Baugebiet Weitkamp II wie folgt zu benennen:

Straße A: Zur Alten Eiche

Straße B: An den Weiden

7. **Straßenbenennung im Gewerbegebiet Oelde A2** B 2022/610/5379

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und auf die Vorberatungen im Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, die neue Straße in dem Gewerbegebiet Oelde A2 wie folgt zu benennen:

Rosalind-Franklin-Straße

8. **Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien** B 2023/011/5409

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 24.01.2023, auf den Antrag der FWG-Fraktion vom 29.01.2023 und auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig folgende Umbesetzungen in Ausschüssen und Gremien:

1. Herr Ron Schindler wird als sachkundiger Bürger (FDP) aus dem **Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr** abberufen. Stattdessen wird Herr Arno Zurbrüggen als Ratsmitglied (FDP) in den Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr berufen.

Der Rat beschließt zugleich die Veränderung der Zusammensetzung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr von bisher 13 Ratsmitgliedern und 6 sachkundigen Bürgerinnen / Bürgern auf 14 Ratsmitglieder und 5 sachkundige Bürgerinnen / Bürger.

2. Herr Arno Zurbrüggen wird als Ratsmitglied (FDP) aus dem **Bezirksausschuss Lette** abberufen. Stattdessen wird Herr Peter Milkowski als sachkundiger Bürger (FDP) in den Bezirksausschuss Lette berufen.

Der Rat beschließt zugleich die Veränderung der Zusammensetzung des Bezirksausschusses Lette von bisher 3 Ratsmitgliedern und 12 sachkundigen Bürgerinnen / Bürgern auf 2 Ratsmitglieder und 13 sachkundige Bürgerinnen / Bürger.

3. Die Vertretungsregelung der FWG-Fraktion wird wie folgt geändert:

3.1. Hauptausschuss und Ausschuss für Bürgerangelegenheiten

Mitglied	Vertreter*in
Manuela STEUER	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge
Ludger LÜCKE	
Bernhard POPPENBERG	

3.2. Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung

Mitglied	Vertreter*in
Thorsten RETZLAFF	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge
Ludger LÜCKE	
Rolf PICKENÄCKER (skB)	

3.3. Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung

Mitglied	Vertreter*in
Manuela STEUER	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge
Torsten FIBBE (skB)	
Alexander FERTICH (skB)	

3.4. Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr

Mitglied	Vertreter*in
Manuela STEUER	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge
Bernhard POPPENBERG	
Anna SCHESTAK (skB)	

3.5. Ausschuss für Soziales, Familien, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe

Mitglied	Vertreter*in
Friedhelm HOBERG (skB)	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge
Ludger LÜCKE	
Thorsten RETZLAFF	

3.6. Ausschuss für Schule, Kultur und Sport

Mitglied	Vertreter*in
Felix KNOP	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge
Thomas Stephan POPULOH (skB)	
Andreas SUMKÖTTER (skB)	

3.7. Betriebsausschuss Forum

Mitglied	Vertreter*in
Achim HAKENHOLT (skB)	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge
Bernhard POPPENBERG	

3.8. Rechnungsprüfungsausschuss

Mitglied	Vertreter*in
Ludger LÜCKE	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge
Bernhard POPPENBERG	

3.9. Gemeinsamer Volkshochschulausschuss Oelde – Ennigerloh

Mitglied	Vertreter*in
Hubert BLEß (skB)	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge

3.10. Wahlausschuss

Mitglied	Vertreter*in
Ludger LÜCKE	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge

3.11. Wahlprüfungsausschuss

Mitglied	Vertreter*in
Ludger LÜCKE	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge
Bernhard POPPENBERG	

3.12. Bezirksausschuss Kirchspiel

Mitglied	Vertreter*in
Bernhard POPPENBERG	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge

3.13. Bezirksausschuss Stromberg

Mitglied	Vertreter*in
Felix KNOP	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge
Bernhard POPPENBERG	
Sebastian KEMPER (skB)	Manfred HORSTHEMKE (skB)

3.14. Bezirksausschuss Sünninghausen

Mitglied	Vertreter*in
Thorsten RETZLAFF	Fraktionsmitglieder in alph. Reihenfolge
Ralph DESEL (skB)	
Rolf PICKENÄCKER (skB)	Annelie SCHULZ (skB)
Alfred SCHULZ (skB)	Andreas SPECKEN (skB)

9. Entsendung von Vertretern der Stadt Oelde als Mitglieder im Kuratorium des Marienhospitals Oelde
B 2023/011/5407

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde schlägt einstimmig

Herrn Wolfram Gerling, Von-Bodelschwingh-Straße 12, 59302 Oelde
und
Herrn Michael Zummersch, Meienbrockstraße 27, 59302 Oelde

für die Wiederwahl der frei werdenden Stellen der Vertreter der Stadt Oelde im Kuratorium des Marienhospitals Oelde vor.

Ersatzweise werden

Frau Dr. Silke Huster, Mühlenweg 55, 59302 Oelde
und Herr Daniel Hagemeier, Prozessionsweg 15, 59302 Oelde vorgeschlagen.

10. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Oelde über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen
B 2023/320/5400

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig die als Anlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Oelde über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen.

11. Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2021; Stellungnahme, Feststellung und Verwendungsbeschluss; Entlastung der Bürgermeisterin
B 2022/014/5367

Herr Arno Zurbrüggen übernimmt in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses den Sitzungsvorsitz zu diesem Tagesordnungspunkt und verliert die Beschlussvorschläge.

Es werden folgende Beschlüsse gefasst:

Beschluss 1:

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses vom 23.01.2023 zum Jahresabschluss und Lagebericht 2021 zur Kenntnis.

Beschluss 2:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig:

Auf Grundlage der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses vom 23.01.2023 wird der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2021 mit allen gesetzlich vorgeschriebenen Anlagen vom Rat der Stadt Oelde festgestellt (§ 96 Abs. 1 GO NRW).

Über die Verwendung des Jahresüberschusses (§ 96 Abs. 1 GO) beschließt der Rat wie folgt:

Der ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 2.121.606,53 € wird

1. in Höhe von 500.000,00 € der Allgemeinen Rücklage und
2. in Höhe von 1.621.606,53 € der Ausgleichsrücklage

zugeführt.

Dem Kämmerer wurde im Rahmen der Beratungen des Rates über den Jahresabschluss Gelegenheit gegeben, seine eventuell abweichende Auffassung zu vertreten.

Beschluss 3:

Die Ratsmitglieder beschließen einstimmig:

Der Bürgermeisterin wird für den Jahresabschluss 2021 vorbehaltlose Entlastung erteilt.

**12. Bericht nach § 6 Kommunalhaushaltsrechtsanwendungs-Verordnung
„UA Ukraine-Schutzsuchendenaufnahme“
M 2023/200/5394**

Herr Jathe verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und gibt kurze Erläuterungen dazu.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde nimmt den Bericht nach § 6 Kommunalhaushaltsrechtsanwendungs-Verordnung „UA Ukraine-Schutzsuchendenaufnahme“ zur Kenntnis.

13. Änderung der Richtlinie der Stadt Oelde zum Förderprogramm „Stecker-Solar-Geräte“
B 2023/III/5395

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Herr Westbrock möchte wissen, ob die Käuferin oder der Käufer eines entsprechenden Solargerätes dann das Risiko trage, eventuell keine Förderung zu erhalten. Dies bestätigt Frau Bürgermeisterin Rodeheger. Der Vorteil bei der Änderung des Verfahrens sei aber, dass günstige Angebote genutzt werden könnten und nicht mehr auf die Förderzusage zu warten sei.

Herr Siebert hat die Erfahrung gemacht, dass bei dem vorangegangenen Verfahren oft schon innerhalb von 24 Stunden die Förderzusage zugegangen sei. Er fragt sich, wo beim neuen geänderten Verfahren die Verbesserung zu erkennen sei. Herr Leson führt dazu aus, dass die Fördersumme nun deutlich höher sei (Steigerung von 10.000 EUR auf 35.000 EUR) und dementsprechend zukünftig auch mehr Anträge eingehen würden. Zum einen solle eine Arbeitsüberlastung der zuständigen Mitarbeiterinnen vermieden werden, besonders mit Blick auf andere wichtige laufende und geplante Projekte und Planungen, die in dem Bereich abgewickelt würden.

Beschluss

Der Rat beschließt einstimmig die Änderung der Richtlinie zum Förderprogramm „Stecker-Solar-Geräte“ von einem zweistufigen auf ein einstufiges Antragsverfahren mit Wirkung zum 01.03.2023.

14. Freizeitanlage Bergelerweg – 2. Bauabschnitt
B 2023/III/5406

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und auf die Vorbereitungen im Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig:

1. Der Rat der Stadt Oelde beschließt, dass die weitere Planung des zweiten Bauabschnitts der Freizeitanlage Bergelerweg im Jahre 2023 mit dem Ziel durchgeführt werden soll, noch im Jahr 2023 einen Förderantrag für das Projekt über das Förderprogramm LEADER-Region 9Plus im Kreis Warendorf zu stellen.
2. Dafür werden außerplanmäßige Mittel in Höhe von 35.000 EUR bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen in Höhe von 35.000 EUR bei der Planungsstelle 11.01.02/5056.7852001 (Kanalbau im Gewerbegebiet A2, 3. Bauabschnitt).

3. Im Falle eines positiven Förderbescheides soll die Umsetzung des 2. BA in 2024 erfolgen. Entsprechende Haushaltsmittel sind bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2024 zu berücksichtigen. Insoweit gilt der Umsetzungsbeschluss vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushalt 2024.

15. Gewerbegebiet „Ludwig-Erhard-Allee“

A) Aufhebung des Feststellungsbeschlusses zur 48. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde vom 19.12.2022

B) Neufassung des Feststellungsbeschlusses zur 48. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde

C) Aufhebung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 156 „Ludwig-Erhard-Allee“ der Stadt Oelde vom 19.12.2022

D) Neufassung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 156 „Ludwig-Erhard-Allee“ der Stadt Oelde

B 2023/610/5401

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und auf die Vorberatungen im Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung.

Herr Leson kommt auf die Einwohnerfrage (Tagesordnungspunkt 1) des betroffenen Anliegers zurück und teilt mit, dass die ergänzte geruchstechnische Untersuchung zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die angestrebte Gewerbegebietsentwicklung wie geplant möglich sei. In enger Abstimmung mit dem Kreis Warendorf und dem beteiligten Gutachter sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass die Gewerbegebietsentwicklung keine Begrenzungen für geplante Betriebserweiterungen des Landwirtes bedeuten. Herr Leson sagt dem Anlieger zu, die Ergebnisse zeitnah in einem persönlichen Gespräch darzulegen.

Herr Poppenberg kann die Bedenken des Landwirtes verstehen, der seinen Betrieb zukunftsfähig unter Beachtung des Tierwohls aufstellen möchte und Einschränkungen durch die Gewerbegebietserweiterung befürchtet. Er schlägt eine schriftliche Zustimmungserklärung der ansiedlungswilligen Gewerbetreibenden zu Erweiterungsmaßnahmen des Landwirtes vor.

Herr Leson teilt mit, dass derartige Erklärungen im Immissionsschutzrecht keine Anwendung finden dürfen und können. Er betont erneut, dass aufgrund der Gewerbegebietserweiterung keine Restriktionen für den Landwirt und seine Erweiterungsabsichten bestehen. Viel eher würden Einschränkungen gegenüber dem bestehenden Naturschutzgebiet zu prüfen sein.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde fasst einstimmig bei 11 Enthaltungen die folgenden Beschlüsse:

A) Aufhebung des Feststellungsbeschlusses zur 48. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde vom 19.12.2022

Der Rat der Stadt Oelde hebt die Beschlussfassung zum Feststellungsbeschluss, wie in der Ratssitzung vom 19.12.2022 (Vorlage B 2022/610/5328) vorgenommen, auf.

B) Neufassung des Feststellungsbeschlusses zur 48. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde

Nachdem über die Ergebnisse der Beteiligungen der Öffentlichkeit sowie der Behörden gemäß der §§ 3 und 4 BauGB beraten und beschlossen wurde und die Begründung samt Umweltbericht zur 48. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde zur Kenntnis genommen wurde, empfiehlt der Ausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) und gemäß der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666 / SGV.NRW 2023) die 48. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde als Satzung. Der Geltungsbereich ist dem als Anlage beigefügten Übersichtsplan (Anlage 1) zu entnehmen. Die Begründung mit Umweltbericht (Anlagen 3 und 6) ist Teil dieses Beschlusses.

C) Aufhebung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 156 „Ludwig-Erhard-Allee“ der Stadt Oelde vom 19.12.2022

Der Rat der Stadt Oelde hebt die Beschlussfassung zum Satzungsbeschluss, wie in der Ratssitzung vom 19.12.2022 (Vorlage B 2022/610/5329) vorgenommen, auf.

D) Neufassung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 156 „Ludwig-Erhard-Allee“ der Stadt Oelde

Nachdem über die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden gemäß der §§ 3 und 4 BauGB beraten und beschlossen wurde und die Begründung samt Umweltbericht zum Bebauungsplan Nr. 156 „Ludwig-Erhard-Allee“ der Stadt Oelde zur Kenntnis genommen wurde, empfiehlt der Ausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) und gemäß der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666 / SGV.NRW 2023) den Bebauungsplan Nr. 156 „Ludwig-Erhard-Allee“ der Stadt Oelde als Satzung. Der Geltungsbereich ist dem als Anlage beigefügten Übersichtsplan (Anlage 1) zu entnehmen. Die Begründung mit Umweltbericht (Anlage 5 und 6) ist Teil dieses Beschlusses.

Die Beschlüsse A) – D) sind ortsüblich bekannt zu machen.

- 16. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 158 „Windenergieanlage Craemer“ der Stadt Oelde**
A) Vorläufige Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung
B) Beschluss zur öffentlichen Auslegung
 B 2023/610/5397

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und auf die Vorberatungen im Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung.

Herr Drinkuth richtet seinen ausdrücklichen Dank an die Verwaltung für die schnelle Bearbeitung der mit der Ansiedlung des Unternehmens Craemer verbundenen Anträge. Über die bestehende sehr positive Außendarstellung freue man sich auch als Ratsmitglied.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde fasst einstimmig die folgenden Beschlüsse:

A) Vorläufige Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung

Der Rat der Stadt Oelde hat die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Beteiligung von Seiten der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Nachbarkommunen gemäß § 2 Abs. 2 BauGB in seine Abwägung einbezogen und beschließt diese wie in Anlage 13 aufgeführt.

Es handelt sich um eine vorläufige Abwägung. Die maßgebliche Abwägung aller im Planverfahren eingegangenen Stellungnahmen erfolgt mit dem Satzungsbeschluss.

B) Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Der Rat beschließt einstimmig die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Nachbarkommunen gemäß § 2 Abs. 2 BauGB. Der Beschluss ist nach näherer Maßgabe von § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

- 17. Wohn- und Geschäftszentrum Oelder Tor**
A) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung zur 50. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde
B) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung des Bebauungsplans Nr. 160 „Wohn- und Geschäftszentrum Oelder Tor“ der Stadt Oelde
 B 2023/610/5396

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und auf die Vorberatungen im Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde fasst einstimmig die folgenden Beschlüsse:

A) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung zur 50. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie gemäß § 2 Abs. 2 BauGB der Nachbar-kommunen. Die Öffentlichkeit wird über die Planinhalte informiert. Der Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

B) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung des Bebauungsplans Nr. 160 „Wohn- und Geschäftszentrum Oelder Tor“ der Stadt Oelde

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Nachbarkommunen gemäß § 2 Abs. 2 BauGB. Die Öffentlichkeit wird über die Planinhalte informiert. Der Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

18. Grundsatzbeschluss zur weiteren Vorgehensweise zur Ertüchtigung der Kläranlage Oelde B 2022/661/5364/2

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und auf die Vorbereitungen im Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung.

Frau Steuer bedankt sich bei der Verwaltung für die informativen und ergänzenden Gesprächstermine und bittet darum, den Pilotversuch durch Fotos und Informationen fortlaufend zu dokumentieren. Sie schlägt auch Besichtigungstermine für den Rat, die Ausschussmitglieder oder auch für interessierte Betriebe vor.

Herr Leson teilt dazu mit, dass die Pilotierung von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen begleitet und dokumentiert werde. Er werde dort auch den Wunsch nach Besichtigungen besprechen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Planungsleistungen zur Ertüchtigung der Kläranlage auszuschreiben und zu beauftragen. Die in der Machbarkeitsstudie als Vorzugsvariante ausgewiesene Variante 7 (Neubau einer Membranbelebungsanlage) soll Grundlage für die weiteren Planungen sein. Sollten sich aus der bereits beschlossenen großtechnischen Pilotierung abweichende Ergebnisse ergeben, ist die Politik umgehend zu informieren.

Die europaweite Ausschreibung soll mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln durchgeführt und die Leistungsphasen stufenweise beauftragt werden.

19. Maßnahmenfreigaben

19.1. Maßnahmenfreigabe der Kanal- und Straßenbaumaßnahmen Ermländerweg, Pommernweg, Schlesierweg B 2023/661/5410

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage und auf die Vorberatungen im Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung.

Beschluss

Der Rat gibt die Kanal- und Straßenbaumaßnahmen Ermländerweg, Pommernweg und Schlesierweg einstimmig frei.

19.2. Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung von Strom- und Erdgaslieferungen B 2023/012/5403

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf die Erläuterungen in der Sitzungsvorlage.

Beschluss

Der Rat erteilt der Verwaltung einstimmig die Freigabe, die benötigten Energiemengen je nach aktueller Marktlage für eine Laufzeit von ein bis zu maximal drei Jahren zu beschaffen.

19.3. Maßnahmenfreigabe zur Sanierung der Turnhalle an der Bultstraße B 2023/012/5402

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Herr Drinkuth erkundigt sich, ob auf dem Dach der Turnhalle eine Dachbegrünung oder eine Photovoltaikanlage aufgebracht werden könne. Herr Leson teilt mit, dass die Statik des Daches derartige Aufbauten leider nicht zulasse.

Herr Westbrock freut sich sehr darüber, dass diese schon seit langem geplante Sanierungsmaßnahme nun durchgeführt werde und erkundigt sich, ob es interessierte Unternehmen für die Maßnahme gebe. Dies bestätigt Herr Leson. Auch Frau Wiemeyer zeigt sich erfreut über den zeitnahen Beginn der Sanierungsarbeiten.

Beschluss

Der Rat erteilt der Verwaltung einstimmig die Freigabe, die Sanierungsmaßnahme an der Turnhalle der Gesamtschule in der Bultstraße durchzuführen.

20. Verschiedenes

20.1. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

20.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Leifeld trägt die als Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt beigefügte Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Die Anfrage beinhaltet Fragen zu einer möglichen „Thermografie-Befliegung“ über Oelde.

Herr Leson führt aus, dass die Kosten für eine Überfliegung des Oelder Gebietes deutlich teurer sein würde und die Maßnahme damit auszuschreiben und zu vergeben sei. Hier biete sich eventuell an, sich mit anderen Kommunen zusammenzuschließen, um die Kosten zu teilen. Er weist darauf hin, dass derartige Überfliegungen jedoch keine Grundlagen für eine kommunale flächige Wärmeplanung seien, sondern vielmehr private Missstände aufzeige.

Auf Anregung von Herrn Leifeld sagt Frau Bürgermeisterin Rodeheger zu, die Thematik in der Konferenz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Kreises Warendorf vorzutragen.

Beschluss

Der Rat nimmt Kenntnis.

gez. Karin Rodeheger
Bürgermeisterin

gez. Andrea Westenhorst
Schriftführerin